

Platin für den Weltmarkt, Blechhütten für die Arbeiter

Arbeits- und Lebensbedingungen in Marikana fünf Jahre nach dem Massaker

Am 16. August 2017 jährt sich das „Massaker von Marikana“ zum fünften Mal. Bei einem Streik in der von zwei Tochterfirmen des britischen Unternehmens Lonmin betriebenen Marikana-Platinmine in Südafrika wurden 2012 34 Minenarbeiter von der Polizei erschossen, 78 verletzt und Hunderte festgenommen. Gründe für den Streik waren unerfüllte Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen. Denn der Großteil der Minenarbeiter in Südafrika lebt in Slums in Unterkünften aus Wellblech, ohne Strom, fließend Wasser und Kanalisation und ohne Schutz vor den Umweltverschmutzungen, die durch den Bergbau verursacht werden. Die Arbeit in der Mine ist hart und gefährlich und die Löhne reichen nicht, um die Familie zu ernähren. Das Massaker von Marikana hat weltweit Medienaufmerksamkeit erregt und hat die politische Landschaft Südafrikas nachhaltig verändert. Dennoch gibt es bis heute keine Entschädigung für die Opfer, keine Strafverfolgung von Polizisten und keine offizielle Entschuldigung, weder von der Regierung noch von Lonmin. Fünf Jahre später haben sich auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Marikana kaum verbessert. Es gibt eine Verbindung nach Deutschland: Der Chemieriese BASF kauft über 50% von Lonmins Jahresproduktion an Platin und verwendet es für die Herstellung von Katalysatoren für die Automobilindustrie. Neben den Hauptverantwortlichen, der südafrikanischen Regierung und dem Unternehmen Lonmin, ist daher auch BASF in der Pflicht. Das Unternehmen beansprucht nach Selbstdarstellung auf seinen Webseiten, wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung, auch entlang der Lieferkette, zu kombinieren. Dennoch wurde BASF bisher nur halbherzig und erst nach massivem zivilgesellschaftlichem Druck aktiv.

Arbeitsbedingungen

Nach Angaben des Alternative Information and Development Center verdienten die Minenarbeiter bei Lonmin 2012 ein monatliches Basisgehalt von 5891 ZAR (ca. 375 €) bei der Konkurrenz waren es zwischen 6.400 und 7.200 ZAR (AIDC, 2014, p. 15). Die Lohnforderung der streikenden Arbeiter 2012 war 12.500 ZAR (ca. 800 €). Dieses Ziel wird fünf Jahre später greifbar: Derzeit liegt das Basisgehalt bei 10.296 ZAR, bis 2019 soll es auf 12.296 ZAR erhöht werden (Lonmin, 2016). Allerdings ist der Reallohn nur geringfügig gestiegen, weil die Inflationsrate in Südafrika von 2012 bis 2017 zwischen fünf und sechs Prozent lag.

Die Lohnerhöhungen sind das Ergebnis eines langen und harten Arbeitskampfes. Nach dem Massaker 2012 ging der Streik noch einen Monat lang weiter. Nachdem Lonmin sich nicht an die schließlich getroffenen Abmachungen hielt, wurde 2014 noch einmal fünf Monate lang gestreikt, was die Arbeiter und ihre Familien an den äußersten Rand ihrer Belastungsgrenze brachte. Zwischen fünf und zehntausend Leiharbeiter, die in der Marikana-Mine arbeiten, sind allerdings von diesen Errungenschaften ausgeschlossen. Sie verdienen weniger und werden oft für besonders gefährliche Tätigkeiten herangezogen. Fallen sie wegen Verletzungen aus, können sie einfach entlassen werden.

Lebensbedingungen

Ein Großteil der Minenarbeiter in Südafrika sind Wanderarbeiter. Während der Apartheid wurden diese in sogenannten Hostels untergebracht, wo sie auf engstem Raum, ohne jegliche Privatsphäre zusammenlebten. Nach Ende der Apartheid begannen Bergbauunternehmen auf Druck der Gewerkschaften eine sogenannte „Living Out Allowance“ an Arbeiter zu zahlen, die keinen Platz in den überfüllten Hostels fanden. Um die Minen herum bildeten sich weiträumige Wellblechsiedlungen. Seit 2002 sind Bergbauunternehmen gesetzlich verpflichtet, in sogenannten

Sozial- und Arbeitsplänen (Social and Labour Plan, SLP) die Lebensbedingungen ihrer Arbeiter zu verbessern. Diese Sozial- und Arbeitspläne sind Teil der Bergbaulizenz und deren Erfüllung ist rechtlich verpflichtend.

Lonmin verpflichtete sich in seinem SLP 2006, innerhalb von fünf Jahren 114 Hostels zu Wohnungen umzubauen und 5.500 zusätzliche Häuser zu bauen. Zum Zeitpunkt des Massakers 2012 waren gerade einmal 60 Hostels umgebaut und drei Musterhäuser gebaut worden (*Farlam Bericht, S. 556*). Bis 2014 hat Lonmin schließlich alle 128 Hostels, wie gesetzlich vorgeschrieben, umgebaut. Ohne gleichzeitigen Wohnungsneubau drängte dies aber noch mehr Arbeiter in die Slums, da nach dem Umbau nur noch eine Person eine Einheit bewohnt, die sich vorher bis zu 16 Arbeiter teilten. Die Bench Marks Foundation schätzt den Wohnungsbedarf derzeit auf 30.000. Statt aber die versprochenen 5.500 Häuser zu bauen, nahm Lonmin diese Zusage in einem überarbeiteten SLP 2014 zurück. Stattdessen sollten nun sogenannte „Infill Apartments“ in räumlicher Nähe zu den umgebauten Hostels gebaut werden, die die dort vorhandene Infrastruktur nutzen. Ein klarer Zeitplan wurde dafür nicht festgelegt. Bis Januar 2017 wurden weniger als 500 Wohnungen gebaut. Nach Drohung der Regierung, Lonmin die Bergbaulizenz zu entziehen, kündigte das Unternehmen im Januar 2017 an, in den nächsten fünf Jahren mit einem Budget von 500 Mio. ZAR 1200 weitere Wohnungen bauen zu wollen (Lonmin, 2017). Ob diese Zusage eingehalten wird, bleibt abzuwarten.

Lonmin hat mehrere Gründe genannt, wieso die Versprechen nicht erfüllt werden konnten. Der wichtigste Grund seien finanzielle Engpässe, vor allem nach der Weltwirtschaftskrise von 2008. Laut eines detaillierten Berichts der südafrikanischen NGO Alternative Information Development Centre flossen zwischen 2008 und 2012 160 Mio. US-Dollar aus Marikana an eine Tochterfirma im Steuerparadies Bermuda, weitere 155 Mio. US-Dollar „Managementgebühren“ wurden an die Muttergesellschaft in London gezahlt (AIDC 2014). Diese „profit shifting“ genannte Praxis ist zwar an sich nicht illegal, konterkariert aber massiv Lonmin's Verpflichtungen aus dem SLP und erschwert Lohnerhöhungen. Weitere Gelder für Sozialprogramme hätte Lonmin von der Internationalen Finanzkooperation, einem Teil der Weltbankgruppe, bekommen können. 2007 wurde ein Darlehen über 100 Mio. US-Dollar zu diesem Zweck zugesagt, aber nie abgerufen. Lediglich 15 Mio. US-Dollar aus einem ebenfalls von der Weltbank gekauften Aktienpaket im Wert von 50 Mio. US-Dollar wurden für Sozialprogramme verwendet (CAO Assessment Report, 2015). Als sich die lokale Graswurzelorganisation „Sikhala Sonke“ 2015 deswegen im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens an die Weltbank wandte, verhielt Lonmin sich nach Angaben der Beschwerdeführerinnen äußerst unkooperativ, sodass das Verfahren nach 10 Monaten ergebnislos eingestellt wurde.

Die Situation in den Slums, der Mangel an fließendem Wasser, Strom und anderer Basisinfrastruktur wirkt sich insbesondere auf die dort lebenden Frauen aus. Der Großteil der Wanderarbeiter lässt Frau und Kinder zu Hause zurück, um im Platingürtel Arbeit zu suchen. In Marikana leben die Wanderarbeiter in unehelichen Partnerschaften mit anderen Frauen. Diese kümmern sich um den Haushalt und um die aus diesen Partnerschaften entstandenen Kinder. Daneben sind sie oft gezwungen, einkommensschaffenden Maßnahmen nachzugehen, da das Gehalt ihrer Partner nicht ausreicht. Oft werden sie zudem Opfer sexualisierter Gewalt: 25 Prozent der befragten Frauen gaben in einer Studie 2015 an, mindestens einmal Opfer einer Vergewaltigung geworden zu sein (Medecins sans Frontieres, 2016). Die wenigen Frauen, die Anstellung unter Tage finden, sind dort besonders gefährdet.

Die Mine verschmutzt zudem die Luft mit Staub und Schwefeldioxid. Schwefeldioxid ist ein Verursacher von Säurem Regen und kann Lungenkrankheiten verursachen. Der Versuch Lonmins, den Schwefeldioxidausstoß zu verringern, führt zur Produktion von Calciumsulfit – ein Säureschlamm, der wegen unsachgemäßer Lagerung Böden und Grundwasser verseucht. Die jahrelangen Ankündigungen, man forsche an alternativen Lösungen, haben bisher kein Ergebnis gebracht (Bench Marks Foundation, 2013).

Lonmins Aktivitäten wirken sich auch massiv auf die lokale Bevölkerung aus, die vor Beginn des Platinabbaus bereits in der Region lebte. Neben dem Wettbewerb um Ressourcen mit den Wanderarbeitern, der Überlastung von Infrastruktur, Schulen und Krankenhäusern und der Umweltverschmutzung geht es um Landrechte. Lonmin zahlte zwar bis 2014, wie gesetzlich vorgesehen, 12 Prozent seiner Profite an Lizenzgebühren in einen von der lokalen Regierung verwalteten Fond, wegen Korruption kam aber von diesem Geld nichts bei der Bevölkerung an (Mathope, 2017).

Wer ist verantwortlich?

Zweifelsohne ist die Gemengelage der Verantwortlichen komplex. Die Regierung, Lonmin und seine Tochterunternehmen schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Und BASF behauptet, die Situation vor zwar Ort zu bedauern, aber daran selber leider wenig ausrichten zu können, weil die Situation außerordentlich vielschichtig sei und nicht kurzfristig von einer Institution alleine gelöst werden könne.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind der Versuch der internationalen Staatengemeinschaft, in solch unübersichtlichen Gemengelagen Verantwortlichkeiten zu klären. Sie sind zwar kein bindendes Recht, wurden aber 2011 vom UN-Menschenrechtsrat angenommen und sind weithin akzeptiert. Die Bundesregierung äußerte im Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte von 2016 die Erwartung, dass deutsche Unternehmen die Anforderungen der UN-Leitprinzipien umsetzen.

Die erste der drei Säulen der Leitprinzipien ist die Bekräftigung der staatlichen Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte vor Verletzungen durch Dritte. Sowohl der südafrikanische als auch der deutsche Staat sind demnach in der Pflicht, Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen durch Regulierung und effektive Durchsetzung zu verhindern und, wo sie dennoch geschieht, aufzuklären und zu verfolgen. Die zweite Säule ist die Verantwortung der Unternehmen: Sie müssen Menschenrechtsverletzungen durch ihre eigenen Aktivitäten und entlang ihrer Lieferketten identifizieren und verhindern. Dazu müssen sie Betroffene, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen vor Ort einbeziehen und transparent über festgestellte Risiken und geplante Gegenmaßnahmen berichten. Bereits eingetretene Schäden müssen die Unternehmen wiedergutmachen, soweit sie zu ihnen beigetragen haben. Für einkaufende Unternehmen bedeutet dies auch, dass sie ihren Einfluss auf ihre Zulieferer nutzen müssen. Die dritte Säule ist der Zugang zu Abhilfe: Staaten müssen den Zugang zu Gerichten und außergerichtlichen Beschwerdeverfahren sicherstellen. Unternehmen müssen sich an Beschwerdemechanismen beteiligen und auch eigene bereitstellen. Es ist offensichtlich, dass der südafrikanische Staat und Lonmin ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Welche Mitverantwortung hat aber BASF für die Situation in Marikana, und was hat das deutsche Unternehmen bisher unternommen?

Trotz der hohen Medienaufmerksamkeit nach dem Massaker und obwohl die Missstände in Marikana schon vorher offensichtlich waren, bezog BASF zu den Vorfällen zunächst nicht öffentlich Stellung. Geschäftsbeziehungen zu Lonmin waren der Öffentlichkeit 2012 noch nicht bekannt. Erst im April 2015 wurde BASF vom Kampagnennetzwerk „Plough back the fruits“, in dem sich südafrikanische und europäische NGOs, darunter Brot für die Welt und die Bench Marks Foundation zusammengeschlossen haben, bei der Aktionärsversammlung mit ihrer Verantwortung konfrontiert. Daraufhin hat BASF im November 2015 ein Audit bei Lonmin beauftragt. Um die Lebensbedingungen ging es dabei allerdings nicht, sondern nur um die Situation in der Mine selbst. Die Gewerkschaft „Association of Mineworkers and Construction Union“, die die Mehrheit der Arbeiter in Marikana organisiert, wurde in das Audit ebenso wenig wie lokale NGOs einbezogen. Das Audit ist nicht veröffentlicht worden, die wenigen identifizierten Schwachstellen sind laut BASF beseitigt worden. 2016 kam BASF, nach erneutem Besuch einer südafrikanischen Delegation bei der Aktionärsversammlung, endlich der Einladung der Bench Marks Foundation nach und machte sich selbst ein Bild von der Situation vor Ort. Im Mai 2016 organisierte BASF einen Multi-Stakeholder-Dialog mit zahlreichen Interessensgruppen in Südafrika, zu dem auch die Bench Marks Foundation eingeladen war. Dieser Workshop diente als Ausgangspunkt für Gespräche und die Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren in der Bergbauindustrie, darunter regionale Betreiber und NGOs. Im Dezember des selben Jahres organisierte BASF eine gemeinsame Konferenz der in der Region aktiven Platinunternehmen und einige ihrer Geschäftspartner, um Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Situation im Platingürtel zu diskutieren (BASF 2017). Laut BASF haben sich die anwesenden Unternehmen auf mehr Transparenz und Zusammenarbeit insbesondere bei der Umsetzung der SLPs geeinigt. Konkrete Informationen über Teilnehmer und Ergebnisse der Konferenz sind weder Brot für die Welt noch den in Marikana aktiven Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften bekannt. Lonmin jedenfalls hat bis heute seinen Sozial- und Arbeitsplan nicht veröffentlicht. Im Januar 2017 beauftragte BASF nach harscher Kritik am bisherigen Vorgehen ein zweites Audit, diesmal in Kooperation mit der auf Menschenrechte spezialisierten Unternehmensberatung TwentyFifty und unter Einbeziehung der Lebensbedingungen. BASF äußerte gegenüber Brot für die Welt, das Audit habe Schwachstellen bei Lonmin im Hinblick auf das Verständnis der Auswirkungen des Minenbetriebs auf die lokale Bevölkerung, auf den Dialog mit verschiedenen Interessengruppen in den Gemeinden und auf den neu entwickelten Beschwerdemechanismus aufgedeckt. Zu Lonmins Verhalten beim Wohnungsbau schien es keine Ergebnisse zu geben. Weder Methodik noch Ergebnisse des Audits sind bislang veröffentlicht. Als im Mai 2017 zum dritten Mal eine Delegation aus Südafrika an der Aktionärsversammlung teilnahm, verweigerte Geschäftsführer Kurt Bock eine Auseinandersetzung mit den Forderungen der Delegation und stellte den Sinn zukünftiger Teilnahmen in Frage.

Fest steht, dass BASF die Geschäftsbeziehung zu Lonmin nicht in Frage stellt, die Langzeitverträge wurden 2016 erneuert. Zur Einhaltung nationaler und internationaler Sozial- und Umweltstandards erfolgte lediglich ein Verweis auf den „BASF Supplier Code of Conduct“, der von den Lieferanten auch die Einhaltung von Menschenrechten fordert.

Brot für die Welt fordert BASF auf, den Druck auf Lonmin zu erhöhen, zum Beispiel durch Klauseln über die Umsetzung des Sozial- und Arbeitsplans in den Verträgen mit Lonmin; Ergebnisse von Audits und Konferenzen mit anderen Stakeholdern zu veröffentlichen und geplante Schritte transparent zu kommunizieren sowie den angestoßenen Dialogprozess mit der Platinindustrie in Südafrika fortzusetzen und dabei die Zivilgesellschaft miteinzubeziehen.

Einen konkreten Lösungsansatz stellt der von Bench Marks Foundation entwickelte Capacity Building Fond und Beschwerdemechanismus dar: Die Menschen im Platingürtel sollen über ihre Rechte aufgeklärt werden und darin geschult mit den Platinunternehmen in einen Dialog zu treten. Konflikte sollen mit Hilfe von Mediatoren und Experten in einem formalisierten Verfahren durch Dialog, Mediation und wo erforderlich durch ein Schiedsgericht gelöst werden. Der Ansatz wird jedoch nur funktionieren, wenn die Platinunternehmen und ihre Geschäftspartner diesen finanziell unterstützen und sie sich bereit erklären, Konfliktlösungen dort zu verhandeln. Wenn BASF ernsthaft um Verbesserungen vor Ort bemüht ist, sollte BASF finanziell zu diesem Beschwerdemechanismus beitragen, z.B. durch die Zahlung einer Abgabe je eingekaufter Platinunze.

Die Situation in Marikana ist keine Ausnahme. Ähnliche Probleme sind in der Ausbeutung von Rohstoffen in fast allen Ländern des Globalen Südens vorherrschend. Oft enden die Wertschöpfungsketten, an deren Beginn die Rohstoffe stehen, in Deutschland. Deutsche Unternehmen brüsten sich gern damit, sich freiwilligen Initiativen zur Verbesserung ihrer sozialen Verantwortung anzuschließen. Die Erfahrung aber zeigt: Freiwilligkeit reicht nicht. Die meisten Initiativen bleiben oberflächlich. Brot für die Welt fordert deshalb von der Bundesregierung, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen gesetzlich zu verankern und die Klagemöglichkeiten für ausländische Betroffene von Menschenrechtsverletzungen deutscher Unternehmen zu verbessern.

Bench Marks Foundation

Die Bench Marks Foundation, eine südafrikanische Partnerorganisation von Brot für die Welt, tritt dafür ein, dass Unternehmen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden. Die Organisation dokumentiert die Probleme, die der Bergbau verursacht und sucht das Gespräch mit Unternehmen und der Regierung. Sie unterstützt die betroffenen Gemeinschaften dabei, ihre Rechte einzufordern und machen die Öffentlichkeit auf Missstände aufmerksam. Die Bench Marks Foundation arbeitet seit vielen Jahren zu der Situation in Marikana und ihr Vorsitzender Bischof Jo Seoka ist eine prominente Figur im Bemühen um Gerechtigkeit in Marikana.

Um die Lebensbedingungen in Marikana zu verbessern, schlägt die Bench Marks Foundation den Platinunternehmen vor, einen gemeinsamen Beschwerdemechanismus zu unterstützen. Die Menschen im Platingürtel Südafrikas sollen mit finanzieller Unterstützung der Unternehmen darin geschult werden, ihre Anliegen vorzutragen und in einen begleiteten Dialog mit den Unternehmen zu treten. Konflikte sollen durch Dialog, Mediation und erforderlichenfalls Schiedsgerichtsurteile gelöst werden. Die Unterstützung eines solchen Beschwerdemechanismus wäre ein weiterer Schritt für die Unternehmen zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die den Unternehmen in Leitprinzip 29 die Einrichtung oder Unterstützung effektiver Beschwerdeverfahren empfehlen. <http://www.bench-marks.org.za/>

Diese Informationen zur Situation in Marikana beruhen auf Recherchen südafrikanischer Partnerorganisationen von Brot für die Welt.

Verweise:

- AIDC, Alternative Information and Development Center (2014): The Bermuda connection published under <http://aidc.org.za/download/Illicit-capital-flows/BermudaLonmin04low.pdf>
- AIDC (2014): Press Release: Lonmin, the Marikana Massacre and the Bermuda Connection, published on 03.12.2014 under <http://aidc.org.za/press-release-lonmin-the-marikanamassacre-and-the-bermuda-connection/>
- Benchmarks Foundation (2013): Coping with Unsustainability, Policy Gap 7: Lonmin 2003 – 2012, published under www.bench-marks.org.za/press/lonmin_report_print.pdf
- BASF (2017): Marikana: Wie engagiert sich BASF? <https://www.basf.com/de/company/about-us/suppliers-and-partners/sustainability-in-procurement.html#marikana>
- Complaint to the Compliance Advisor Ombudsman by affected community members in relation to the social and environmental impacts of Lonmin plc's operation in Marikana, published under <http://www.cao-ombudsman.org/cases/document-links/documents/ComplaintbyAffectedCommunityMembersinRelationtoSocialandEnvironmentalImpactsofLonmin20150615.pdf>
- Compliance Advisor Ombudsman Assessment Report regarding Community and Civil Society concerns in relation to the Lonmin Plc Project (# 24803) in South Africa, September 2015, published under http://www.cao-ombudsman.org/cases/documentlinks/documents/CAOAssessmentReport_October1.pdf
- International Finance Corporation: <http://ifcext.ifc.org/ifcext/pressroom/ifcpressroom.nsf/bbbbed9e2807e7ef85256a5b0078814d/e317cc993f2759a48525729e004bcf4a>
- Lonmin plc (2017): written answers to questions on working and living conditions in Marikana
- Mathope, Gosebe: North West government looted Bapo ba Mogale 'D account' – public protector in the Citizen, 26.6.2017 published under <http://citizen.co.za/news/newsnational/1552367/north-west-govt-looted-bapo-ba-mogale-d-account-public-protector/>
- Médecins sans Frontières (2016): Untreated Violence: The need for patient-centred care for survivors of sexual violence in the platinum mining belt

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. Caroline-
Michaelis-Str.1, 10115 Berlin

Kontakt:

Sarah Lincoln, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte
Tel.: +49 30 65211 1800 sarah.lincoln@brot-fuer-die-welt.de